Rien ne va plus – der BER frisst Zukunft!

Nichts geht mehr; das gilt vor allem bei Investitionen in die Zukunft des Landes Brandenburg. Die ausufernden Kosten der Dauerbaustelle BER, die verlustreichen Spekulationsgeschäfte des brandenburgischen Finanzministers – sie leeren die Landeskassen und sorgen landauf, landab für Stillstand, wenn es um wichtige Investitionen in die Zukunft unseres Landes geht. Kein Wunder also, dass Verkehrsminister Jörg Vogelsänger (SPD) einem Weiterbau der S-Bahn-Linie von Teltow nach Stahnsdorf eine Absage erteilt. Nach Aussage seines Ministeriums müsse zunächst der Betrieb der Regionalbahnstrecken gesichert werden, statt den Speckgürtel um Berlin besser anzubinden. Er hat wohl keine Wahl, wenn die Staatsgelder andernorts pulverisiert werden. Der Gedanke, die Kommunen können selbst den Ausbau der S-Bahn-Strecke von Teltow in das Stahnsdorfer Gewerbegebiet tragen, verkennt die finanzverfassungsrechtlichen Verantwortlichkeiten und übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen.

Dazu erklärt Daniel Mühlner, Vorsitzender der CDU Stahnsdorf: „Ob bei der Finanzierung von ausreichend Lehrkräften an den Schulen, bei den Kosten für die Schülerbeförderung oder dem Umbau der Polizei – überall entschwindet das Land aus seinen Verantwortlichkeiten.

Für die damit verbundenen Probleme muss die kommunale Ebene dann Lösungen finden. Die Landesregierung sollte ihre Position überdenken. Volle Züge, die sich rechnen, sind allemal besser als ein löchriges Netz ohne Fahrgäste."

Für eine Verlängerung der S25 von Teltow in das Stahnsdorfer Gewerbegebiet gibt es gleich mehrere gute Gründe: Für Pendler wäre es viel attraktiver, vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen, weil die Parkmöglichkeiten im Umfeld der S-Bahnhöfe Wannsee, Teltow oder Zehlendorf beschränkt sind.

Näher an Berlin herangerückt, würde das Stahnsdorfer Gewerbegebiet mit einem echten Standortargument im Vergleich mit anderen punkten können, insbesondere wenn zugleich die Straßenbauprojekte Biomalzstange und L77n vollendet werden.

Die Beschäftigten der der Unternehmen im Gewerbegebiet könnten ihre Arbeitsstätte besser erreichen.

Ihr Ansprechpartner:
Daniel Mühlner

Sicherheit in TKS

Teltow, Stahnsdorf und Kleinmachnow (TKS) haben sich in den letzten Jahrzehnten zu lebenswerten Gemeinden entwickelt. Viele Familien, aber auch Firmen, haben sich aufgrund der guten wirtschaftlichen Bedingungen in TKS niedergelassen. Doch durch den hohen Wohlstand werden unsere Ortschaften zunehmend Ziele von Einbruchsdelikten.

Die von der Landesregierung begonnene Polizeistrukturreform bedeutet vor allem eins: Den haushaltsbegründeten Abbau von Personal. Das ist auch in TKS spürbar. Vor der Reform waren landesweit nachts 80 Streifenwagen unterwegs, am Tage 160-180. Heute sind lediglich 30 Streifenwagen in der Nacht und am Tage 150 im Einsatz. Die Polizeipräsenz zu erhalten, dieses Ziel erfüllt die Reform nicht. Die Unterbesetzung der örtlichen Polizei ist auch nach Ansicht der Jungen Union PM eine Hauptursache der geringen Aufklärungsquote von nur 13%. Durch die personelle Lage der Polizei ist diese bereits jetzt in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt.

„In der Region Teltow, Stahnsdorf, Kleinmachnow und Nuthetal mit rund 66.000 Einwohnern sind nur 54 Polizisten im Einsatz – inklusive Kriminalpolizei. Es darf nicht sein, dass sich die Bürger am Ende mit privatem Wachschutz und hohen Zäunen selbst helfen müssen. Sicherheit darf nicht zur sozialen Frage werden", so Philipp Schwab, Kreisvorsitzender der Jungen Union Potsdam-Mittelmark.

Daniel Mühlner, Vorsitzender der CDU Stahnsdorf ergänzt: „Die Reform gilt erst seit anderthalb Jahren. Wir stehen also noch ganz am Anfang des Abbaus von rund 20 Prozent der Polizeistellen bis 2020.

Sollten wir die Strukturreform ungebremst fortsetzen, werden wir trotz modernster Technik schon bald die Grenzen der polizeitaktischen Möglichkeiten erreichen. Die Landesregierung hat sich im Dickicht des Personalabbaus aus Kostengründen verrannt. Es wird Zeit, dass wir uns wieder an den funktionalen und organisatorischen Notwendigkeiten orientieren."

Im Ergebnis der Reform kommen statistisch nicht mehr 3,2 Polizeibeamte auf 1.000 Brandenburger, sondern lediglich 2,58. Dieser Wert von 2,58 läge weit unter dem Bundesdurchschnitt von 3,0.

Aufgrund der sinkenden Zahl der registrierten Straftaten in Brandenburg wurde die Polizeireform für möglich gehalten. Jedoch sinkt die Aufklärungsquote von Straftaten deutlich, welche der rot-roten Landesregierung den Anlass geben sollte, den Personalbestand nicht zu verringern. Die Anzahl der Einbrüche steigt dagegen kontinuierlich. Die Häufigkeit an Einbruchsdelikten (2011) ist im Vergleich zum Vorjahr in Potsdam-Mittelmark um erschreckende 63,5 % gestiegen. Die Aufklärungsquote ist dabei um drei Prozentpunkte gesunken, von 25,8 auf 22,8 %. Auch die Anzahl der Tageswohnungseinbrüche ist gestiegen. In Potsdam-Mittelmark wurde im Jahre 2011 dreimal so viel eingebrochen wie im Vorjahr (+ 167,3 %; von 562 auf 1.502). Dabei ist die Aufklärungsquote von 32,0 auf 21,4 % gesunken. Nach den drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg werden in Brandenburg die meisten Straftaten je 100.000 Einwohner verübt. Brandenburg ist das Flächenland mit den meisten Straftaten (Erhebung aus 2010 und z.T. 2011).

Aufgrund dieser Fakten und Statistiken, die z.T. vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg selbst erhoben wurden, ist eine Evaluierung der Polizeistrukturreform dringend geboten.

Ihre Ansprechpartner:
Daniel Mühlner und
Alexander Schweda

E-Mail:
info@cdu-stahnsdorf.de

Sozialverträgliche Elternbeiträge

Aufgabe mit politischem Gestaltungsspielraum

Wussten Sie, dass in Stahnsdorf die Kita-Satzung streitbefangen ist? Dass die sozialverträgliche Staffelung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in Stahnsdorf in Frage steht? Dass die CDU dafür eintritt, die maßgebliche Kita-Satzung zu überarbeiten und u.a. die Benachteiligung der Alleinerziehenden zu beseitigen?

Auf Grundlage der Kita-Satzung erhebt die Gemeinde sogenannte Elternbeiträge gemäß § 17 Kindertagesstättengesetz (KitaG). So finanzieren die Eltern einen Teil der Kosten, die für die Betreuung ihrer Kinder in den Kindertagesstätten anfallen. Für die Höhe des Elternbeitrags ist das jeweilige letzte Jahreseinkommen beider Eltern maßgeblich. Die Stahnsdorfer Satzung hätte jedoch schon längst überarbeitet werden müssen. Der Landkreis Potsdam-Mittelmark hatte im November 2010 veränderte Kriterien für die gesetzlich vorgeschriebene soziale Staffelung der Elternbeiträge beschlossen. Diesen neuen Kriterien kann die Stahnsdorfer Satzung aus dem Jahr 2007 nicht genügen. Würde man den Kriterien des Landkreises folgen, würde das aus unserer Sicht bedeuten, dass insbesondere Eltern mit geringeren Einkommen entlastet würden. Zugleich könnte die anstehende Überarbeitung genutzt werden, um die durch die bisherige Kita-Satzung ausgelöste Ungleichbehandlung zwischen einzelnen Berufsgruppen wie Angestellten, Beamten oder Unternehmern zu beheben. Doch der amtierende BM unterlässt es bereits seit mehr als einem Jahr, die Stahnsdorfer Kita-Satzung auf den neuesten Stand zu bringen. Damit zeigt Bürgermeister Albers einem Gutteil seiner Wähler die kalte Schulter.

Zudem beschert Stahnsdorfer Alleinerziehenden eine geänderte Verwaltungspraxis der Gemeinde Stahnsdorf seit geraumer Zeit einiges Ungemach. Auslöser ist die veränderte Interpretation der Vorgaben der geltenden Kita-Satzung.

Die erfolgte Umstellung der Verwaltungspraxis trifft vor allem die Alleinerziehenden und bedeutet für uns eine unbillige Härte für die Betroffenen. Denn in Stahnsdorf werden bei der Berechnung der Elternbeiträge auch die Einkommen der getrennt lebenden Eltern in voller Höhe berücksichtigt. Das heißt, auch in dem Fall eines alleinerziehenden Elternteils wird das Einkommen des Ex-Partners in voller Höhe herangezogen. In Stahnsdorf bleibt es also unerheblich, ob der inzwischen getrennt lebende Ex-Partner tatsächlich mit seinem ganzen Einkommen für die verlassene Familie sorgt bzw. sorgen kann.

Stellen Sie sich vor, der Ex-Partner ist inzwischen in Stuttgart wohnhaft und er lebt dort in einer neuen Familie mit weiteren Kindern. Nach der Stahnsdorfer Praxis würde sein Jahreseinkommen trotzdem in voller Höhe bei der Berechnung des Elternbeitrags herangezogen. Aspekte wie eine neue Familie und weitere Kinder – all dies bleibt in Stahnsdorf ohne Belang. Das hat mitunter verheerende Auswirkungen. In einer Sitzung der Gemeindevertretung im vergangenen Jahr berichtete eine alleinerziehende Mutter, dass durch die Berücksichtigung des gesamten Einkommens des getrennt lebenden Vaters der Elternbeitrag so hoch sei, dass sie den errechneten Beitrag nicht zahlen könne. Ihrem Kind bliebe daher der Besuch einer Einrichtung verwehrt. Und das ist leider kein Einzelfall. Nach Aussage der Verwaltung sind rd. 10 Prozent aller Beitragsfälle von dieser Verwaltungspraxis betroffen. Die Stahnsdorfer Verwaltung hält gleichwohl an ihrer Praxis fest. Dabei widerspricht dieses Vorgehen den Empfehlungen des Landes zur Kalkulation und Berechnung der Elternbeiträge gemäß § 17 KitaG. Das Einkommen des getrennt lebenden Elternteils soll demnach nur bedingt in die Berechnung einfließen. Nur der Teil, der vom Ex-Partner an den alleinerziehenden Elternteil tatsächlich geleistet wird, soll in die Berechnung einfließen und nicht mehr. Ein vollständiger Verzicht auf die Heranziehung des getrennt lebenden Elternteils ist damit gleichwohl nicht verbunden. Das Vorgehen der Stahnsdorfer Verwaltung steht damit im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden in Brandenburg. Dass es auch anders geht, zeigt bereits ein Blick über die Ortsgrenze, z. B. nach Kleinmachnow.

Die Brisanz und Tragweite unserer berechtigten Kritik hat man jedoch nicht überall verstanden. Zum Wohle der Bürgerinnen und Bürgern wollen wir den bestehenden politischen Gestaltungsspielraum nutzen. Wir werden deshalb erneut in der Gemeindevertretung beantragen, die Verwaltungspraxis zugunsten der Alleinerziehenden sofort zu verändern und die Novellierung der Kita-Satzung anzustoßen. Mithin können wir unseren Ruf als familienfreundliche Gemeinde und die Attraktivität der Stahnsdorfer Einrichtungen erhalten. Am Geld sollte unser Vorhaben nicht scheitern, denn in Zukunft dürfte die Finanzierung der Kitas zu Gunsten der Kommunen neu geregelt werden. Hintergrund ist, dass das Landesverfassungsgericht die von der rot-roten Regierungskoalition 2010 durchgesetzte Kostenregelung im KitaG als verfassungswidrig kippte und die Regelung der Personalkostenzuschüsse des Landes an die Kommunen für nichtig erklärte.

Ihre Ansprechpartnerin:
Elke Wißmann-Koch

Fortsetzung von Seite 1

gut, dass sich das aus diesen Fragen zu erwartende Ergebnis mit den vorschnellen Vorschlägen des Bürgermeisters deckt. Bei diesem durchschaubaren Manöver sollte man die Stahnsdorfer Bürger jedoch nicht unterschätzen. Ohne Frage – Kultur braucht in Stahnsdorf einen festen Ort, und Veranstaltungen einen Raum. Aber warum sollte z. B. an der Annastraße neben der Gemeinde

nur eine Alternative zwischen Grünfläche, Feuerwehr und Bürgerhaus bestehen? Warum seniorengerechtes Wohnen nur im „äußersten Notfall"? Weitere Aspekte, wie z.B. die Eigentumsverhältnisse der betreffenden Grundstücke, entstehende Kauf- bzw. Baukosten, Vermarktung durch die BIMA, etc. werden an dieser Stelle überhaupt nicht beleuchtet. Sind die Wünsche erfüllbar, kann unsere Gemeinde das wirtschaftlich vertretbar umsetzen? Dies bleibt unerwähnt und wäre dabei für die Entscheidung von größter Relevanz.

Widmen wir uns der Entwicklung einer Ortsmitte neben dem Gemeindezentrum an der Annastraße, vielleicht verbunden mit dem dringend benötigten Raum für seniorengerechtes Wohnen. Mal Hand aufs Herz: Wenn Sie sich fürs seniorengerechte Wohnen entscheiden und dafür monatlich viel Geld aufwenden müssten, können Sie sich vorstellen, am Ortsrand einzuziehen? Fernab von Ärzten, Apotheken, Einzelhandel und einer leidlich erreichbaren Bushaltestelle? Ein Blick über den Tellerrand nach Kleinmachnow zeigt, wie man solche Entscheidungen zukunftsweisend angehen kann. Hier eröffnete kürzlich das SenVital gegenüber dem Rathausmarkt. Die Örtlichkeit ist hervorragend an den Öffentlichen Nahverkehr angebunden und verfügt mit dem Rathausmarkt und seinen zahlreichen Geschäften wie z.B. dem Bäcker, einem Café, der Sparkasse, einem Zeitungsladen, einer Apotheke, erreichbaren Ärzten und vielem mehr über Aufenthaltsqualität. Gleiches könnte neben dem Gemeindezentrum an der Annastraße erfolgreich angesiedelt werden. Unser Ortszentrum muss ja sicher nicht die gleichen Dimensionen wie das Kleinmachnower haben, sondern sollte sich an den Stahnsdorfer Gegebenheiten ausrichten.

Es wäre schade, sich selbst die Chance für die Errichtung einer zukunftsweisenden Ortsmitte an diesem hervorragenden Standort an der Annastraße mit der bloßen Errichtung eines neuen Gebäudes für die Feuerwehr zu verbauen oder das Grundstück als sonstige Grünfläche sich selbst zu überlassen.

Ja, Bürgerbeteiligung ist wichtig und richtig, wenn sie auch ernst gemeint ist. Dann sind auch die rd. 1.500 Euro Kosten dafür gut angelegt, weil am Ende ein Ergebnis steht, das unseren Ort voranbringt.

Ihr Ansprechpartner:
Daniel Janus
Kontakt:
info@cdu-stahnsdorf.de

Impressum

CDU Ortsverband Stahnsdorf
Schulzenstraße 20,
14532 Stahnsdorf
Telefon: 03329/6981434
Mail: info@cdu-stahnsdorf.de
www.cdu-stahnsdorf.de

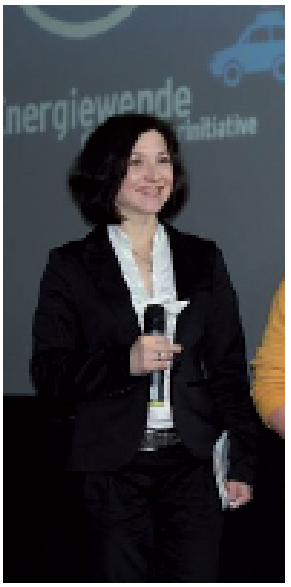
Redaktion:
Daniel Janus, verantwortlich
Daniel Mühlner,
Uwe Langleist
alle Fotos: CDU Stahnsdorf

Produktion:
printlayout & webdesign

Bundesweite Initiative „Schulen zeigen Flagge für die Energiewende" macht mit Katherina Reiche Station in Stahnsdorf

Gymnasium Stahnsdorf ist zweite Station der Schulaktion

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Katherina Reiche, stellte am Dienstag, 9. April 2013, am Gymnasium in Stahnsdorf die bundesweite Initiative „Schulen zeigen Flagge für die Energiewende" vor. „Wichtig ist, gerade bei Kindern und Jugendlichen für den bewussten Umgang mit Energie zu werben. So können wir einen Grundstein für die Zukunft legen", betonte Reiche.



Das Bundesumweltministerium hat dazu diese Schulaktion im Rahmen der Stromsparinitiative ins Leben gerufen. Die Veranstaltung am Gymnasium in Stahnsdorf war die zweite ihrer Art, denn Bundesumweltminister Peter Altmaier hatte am 11. März – dem Jahrestag des Reaktorunglücks von Fukushima – die Aktion an einer Berliner Schule gestartet. Ziel der Aktion ist es, den Schülerinnen und Schülern Wissen über Energieeffizienz und Stromsparen zu vermitteln. Die Stahnsdorfer Gymnasiasten hatten sich bereits im Vorfeld des Besuchs intensiv mit Themen nachhaltiger Energienutzung beschäftigt: Mit der „Mission Energiesparen" hatte der regionale Energieversorger die Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse in einem Wettbewerb dazu aufgerufen, möglichst viele „Energiefresser" zu finden und Vorschläge zu entwickeln, diese zu beseitigen. Den Besuch der Parlamentarischen Staatsekretärin nutzten die Jugendlichen, um mit ihr den Wettbewerb und das schuleigene Projekt einer „Energiespar-Cafeteria" zu erörtern. Katherina Reiche freute sich über das große Engagement der Jugendlichen. Als Dank und Anerkennung übergab sie dem Schulleiter, Dr. Ulrich Klatt, und seinen Schützlingen ein „Energiesparpaket" in Form eines großen Schulranzens mit Infomaterialien, Spielen und Messgeräten.

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Der Stanesdorper
Ausgabe 1/2013

Nicht alle Engel können fliegen – Sichere Schulwege in Stahnsdorf

Laut der Statistik der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) erlitten im Zeitraum 2006 bis 2010 43 Kinder in Stahnsdorf einen Unfall. Mit 3,93 verunfallten Kindern pro 1.000 Kindern gehört Stahnsdorf damit zu den Gemeinden mit hoher Unfallbelastung. Nur zum Vergleich: In Kleinmachnow verunglückten im gleichen Zeitraum 2,29 Kinder pro 1.000 Kinder. Für uns von der CDU Stahnsdorf sind diese Daten Grund genug, um uns weiterhin konsequent für eine Verbesserung des Sicherheitsniveaus im Straßenverkehr und den Schulwegen unserer Kinder einzusetzen. Unser Ziel ist es, insbesondere die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg zu verbessern. So haben wir dazu beigetragen, dass die 30er-Zone in der Lindenstraße im Bereich der Schulbushaltstellen verlängert wurde. Jedoch stellen uns die aktuellen Gegebenheiten an beiden Stahnsdorfer Grundschulen und auch dem Stahnsdorfer Gymnasium nicht zufrieden. Der Vorsitzende der Schulkonferenz an der Lindenhof-Grundschule hat unlängst vorgeschlagen, an der Einmündung der Sputendorfer Straße in den Kreuzungsbereich Linden-/Kirchstraße eine Ampel errichten zu lassen. Wir begrüßen, dass der Vorsitzenden der Schulkonferenz seine Forderung öffentlich gemacht hat, weil er hoffentlich allen politischen Kräften vor Augen führt, dass erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Dazu erklärt Daniel Mühlner, Vorsitzender der CDU Stahnsdorf: „Wir sollten vermeiden, lediglich Flickschusterei an einzelnen Gefahrenpunkten zu betreiben. Stahnsdorf braucht einen übergreifenden Ansatz, um das Sicherheitsniveau der Schulwege insgesamt zu steigern. Wir setzen dabei auf passgenaue Maßnahmen in den Bereichen Verkehrsregelung, Verkehrserziehung, Verkehrsüberwachung und ggf. Anpassung der baulichen Anlagen, Wege und Straßen. Nur so kann es gelingen, die statistisch hohe Unfallbelastung für unsere Kinder nachhaltig zu senken."

In Gesprächen mit einigen Eltern entstand die Idee, die Sicherheit der Stahnsdorfer Schulwege durch die Schulkinder selbst prüfen und begutachten zu lassen. Vorbild ist hier das Projekt „Kleine Adler für sichere Schulwege" des Netzwerks Verkehrssicherheit Brandenburg. Wir setzen uns dafür ein, dass es den Stahnsdorfer Grundschulen bzw. den angeschlossenen Kindertagesstätten ermöglicht wird, ein solches Projekt durchzuführen.

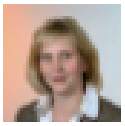
Haben Sie Ideen und Anregungen? Was meinen Sie?
Mischen Sie sich ein, sprechen Sie uns an und sagen Sie Ihre Meinung.

Ihr Kontakt zu uns:
info@cdu-stahnsdorf.de

oder gern persönlich:

Daniel Mühlner
Schulzenstraße 20
14532 Stahnsdorf

Bettina Reinfeld
Primelweg 4
14532 Stahnsdorf



Elke Wißmann-Koch
Schmetterlingsring 5
14532 Stahnsdorf

Von Stanesdorp nach Stahnsdorf

Von Stanesdorp zu Stahnsdorf – wer ein wenig in der Chronik unseres Ortes blättert, der erkennt sehr schnell, welch geruhsames Dasein unseren Ort lange Zeit auszeichnete und mit welcher Dynamik er sich in den letzten Jahren entwickelte. War unser Stahnsdorf über Jahrhunderte ein kleines Dorf am Rande der alten Heer- und Handelsstraße Wittenberg–Saarmund–Berlin, so ist es heute selbstbewusster Teil der Region Kleinmachnow-Teltow-Stahnsdorf. Unser Stahnsdorf wurde erstmals im Jahr 1264 urkundlich erwähnt. Zu jener Zeit wurde ein Magister Petrus de Stanesdorp von Markgraf Otto III. als Zeuge benannt, um einen Kauf des Domkapitels zu Brandenburg zu beurkunden. Von jener Zeit an wurde und wird unser Ort durch seinen alten Dorfkern bestimmt. Erst mit dem Bau des Teltowkanals Anfang des 20. Jahrhunderts, der Eröffnung der Friedhöfe sowie der Eröffnung der S-Bahnstrecke von Berlin-Wannsee begann man, Stahnsdorf als Berliner Vorort zu erschließen. Heute schätzen weit über 14.000 Einwohner, d.h. fast doppelt so viele wie vor 10 Jahren, Stahnsdorf als charismatischen und charmanten Ort von hoher Lebensqualität, der eingebettet in eine naturbelassene Landschaft, besonders für Familien viel zu bieten hat.

Als kleine Reminiszenz an die fast 750-jährige Geschichte unseres Ortes haben wir unsere Zeitung „Der Stanesdorper" genannt.

Daniel Mühlner